

Andreas Götz

Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Zivilverfahren

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XLIX
<i>1. Kapitel. Die Grundlagen</i>	1
<i>1. Abschnitt. Die teleologischen Grundlagen des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen</i>	1
§ 1 Die Bedeutung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen für ein Unternehmen	1
A. Vorbemerkung	1
B. Der Blick in die Praxis	2
I. Von Atlanta	2
II. ... über Detroit und Wolfsburg	2
III. ... nach München	3
C. Die wirtschaftliche Bedeutung von Betriebs- und Geschäfts- geheimnissen	4
§ 2 Die Bedeutung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen für funktionierenden Wettbewerb	5
A. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung funktionierenden Wettbewerbs	5
B. Die Bedeutung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen für funktionierenden Wettbewerb	6
I. Eine Klarstellung und eine Eingrenzung	6
II. Die Theorie vom Geheimwettbewerb	7
1. Die wettbewerbstheoretischen Grundlagen	7
2. Die Konkretisierung: Angleichung, Abschreckung und Trägheit	8
3. Stellungnahme	9

<i>2. Abschnitt. Das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis als Tatbestandsmerkmal von Geheimnisschutzinstrumenten</i>	10
§ 3 Die Definition	10
§ 4 Die Begriffsmerkmale	12
A. Vorbemerkung	12
B. Die Geheimnisgegenstände	12
C. Der Bezug zu einem Unternehmen	13
I. Der Unternehmensbezug als erstes faktisches Begriffsmerkmal	13
II. Der Begriff des Unternehmens	13
D. Die fehlende Offenkundigkeit	14
I. Die Nichtoffenkundigkeit als zweites faktisches Begriffsmerkmal	14
II. Der relevante Personenkreis	16
E. Der Geheimhaltungswille	16
I. Der Geheimhaltungswille als subjektives Begriffsmerkmal	16
II. Die Vermutung des Geheimhaltungswillens	18
F. Das Geheimhaltungsinteresse	19
 <i>3. Abschnitt. Der Konflikt zwischen dem Informationsinteresse und dem Geheimhaltungsinteresse im Zivilprozess</i>	22
§ 5 Der Konflikt aus subjektiv-rechtlicher Perspektive	22
A. Der Justizgewährungsanspruch und der Anspruch auf effektiven Rechtsschutz	22
B. Das im Prozess durchzusetzende subjektive Recht	23
C. Der Ausgleich von Informationsungleichgewichten und der Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit	24
§ 6 Der Konflikt aus objektiv-rechtlicher Perspektive	25
A. Die möglichst wirklichkeitsgetreue Rekonstruktion des Sachverhalts	25
B. Der Weg zur Sachverhaltsrekonstruktion	26
 <i>4. Abschnitt. Die Modelle für die Lösung des zivilprozessualen Konflikts zwischen dem Informationsinteresse und dem Geheimhaltungsinteresse</i>	27
§ 7 Die Unterscheidung zwischen Informationseinbringung und Informationsverteilung	27
§ 8 Das Gebot praktischer Konkordanz	27

<i>5. Abschnitt. Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im materiellen Recht und im ArbGG, in der FGO, im SGG, in der StPO und in der VwGO</i>	28
§ 9 Das materielle Recht	28
A. Die Materieellrechtsfreundlichkeit des Prozessgesetzes	28
B. Die Angriffsrichtungen	29
I. Von Verrätern und Spionen	29
II. Der Zivilrechtsstreit als Angriff von außen	29
III. Folgerungen	29
C. Der einfachrechtliche Schutz vor Angriffen von außen	30
I. Die dogmengeschichtliche Annäherung: § 17 UWG als Grundtatbestand	30
II. Der Schutz vor Spionen durch weitere Strafvorschriften	32
III. Der Schutz vor Spionen durch das Zivilrecht	33
1. Die Haftungsbegründung durch Rückbindung an § 17 UWG	33
2. Die Haftungsbegründung ohne Rückbindung an § 17 UWG	34
a) Das Lauterkeitsrecht	34
b) Das Bürgerliche Recht	35
D. Der verfassungsrechtliche Schutz	37
I. Der Schutz durch die Wirtschaftsgrundrechte	37
1. Der Schutz durch die Berufsfreiheit und die Eigentumsfreiheit	37
2. Kein Schutz durch das Grundrecht auf wirtschaftliche Betätigungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	40
II. Kein Schutz durch das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG)	41
§ 10 Das ArbGG, die FGO, das SGG, die StPO und die VwGO	42
A. Die Harmonie zwischen den einzelnen Prozessgesetzen	42
I. Die Einheit der Rechtsordnung	42
II. Folgerungen	43
B. Die sämtlichen Verfahrensordnungen immanente Gefahr einer Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	43
I. Die Verfahrenseinleitung	43
II. Die Transparenz des Gerichtsverfahrens	44
1. Der Grundsatz der Öffentlichkeit als gemeinsames Grundprinzip	44

2. Die Transparenz gegenüber den Verfahrensteilnehmern	44
a) Die Transparenz im Verfahren vor den Finanz-, den Sozial- und den Verwaltungsgerichten	44
b) Die Transparenz im Strafverfahren	45
3. Akteneinsichts- und Auskunftsrechte	46
III. Die Übermittlungs- und Auskunftspflicht von Behörden nach der FGO, dem SGG und der VwGO	48
IV. Die gerichtliche Entscheidung	48
C. Die Schutzinstrumente in den Verfahrensordnungen	48
I. Der Ausschluss der Öffentlichkeit	48
1. § 52 S. 2 Var. 2 ArbGG	48
2. § 52 Abs. 2 FGO	49
II. Der Schutz vor einer Offenlegung gegenüber den Verfahrensteilnehmern	49
1. Die Grenzen der Beteiligtenöffentlichkeit nach der FGO, dem SGG und der VwGO	49
2. Die Grenzen der Transparenz im Strafverfahren	50
a) Der geringe Schutz gegenüber dem Angeklagten in der Hauptverhandlung	50
b) Die weiter gehenden Ausschlussmöglichkeiten in Bezug auf den Beschuldigten im Ermittlungsverfahren	50
c) Der geringe Schutz gegenüber dem Verletzten, dem Nebenklagebefugten und dem Nebenkläger	50
d) Der geringe Schutz gegenüber einem anwaltlichen Beistand	51
e) Der Schutz gegenüber sonstigen teilnehmenden Personen	51
3. Folgerungen	51
III. Insbesondere: Die Begrenzung von Akteneinsichts- und Auskunftsrechten	52
1. Die Regelung in der FGO, im SGG und in der VwGO	52
2. Die Regelung in der StPO und die Entscheidung des BVerfG (K), NJW 2002, 2307, zur Beschränkung des Akteneinsichtsrechts auf den Rechtsanwalt	53
IV. Insbesondere: Der Geheimnisschutz im Beweisstadium	54
V. Der Geheimnisschutz bei den behördlichen Übermittlungs- und Auskunftspflichten im Finanz-, Sozial- und Verwaltungsprozess	54
1. Das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis als Weigerungsgrund	54

2. Das Verfahren nach § 86 Abs. 3 FGO und § 99 Abs. 2 VwGO	54
a) Die Grundlagen	54
b) Das mehrpolige Rechtsverhältnis als Parallele zu der Konstellation des Zivilrechtsstreits	57
3. § 138 TKG als Sonderregelung für mehrpolige Rechtsverhältnisse	59
a) § 138 TKG [a. F.]	59
aa) Der Regelungsinhalt des § 138 TKG [a. F.]	59
bb) Die Entscheidungen EuGH (K), Slg. 2006, I-6675 – Mobistar, und BVerwGE 127, 282	61
b) § 138 TKG in der Fassung des Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften aus dem Jahr 2012	61
aa) Die unbeschränkte Offenlegungspflicht der BNetzA	61
bb) Die Unterrichtungspflicht des Gerichts nach § 138 Abs. 1 S. 2 TKG [n. F.]	62
cc) Das in-camera-Verfahren nach § 138 Abs. 2 und 3 TKG [n. F.]	62
dd) Die in camera zur Kenntnis genommenen Informationen kann das Gericht ohne Weiteres seiner Entscheidung zugrundelegen	63
c) Bewertung	63
D. Ergebnis und Folgerungen	64
 2. Kapitel. Die vorprozessuale Informationsbeschaffung	65
1. Abschnitt. Die Grundlagen	65
§ 11 Die typischen vorprozessualen Informationsungleichgewichte	65
A. Die Vermutung eines anspruchsbegründenden Sachverhalts als Ausgangspunkt	65
B. Der notwendige Inhalt der Klageschrift	66
C. Die Rechtfertigung der Sachbitte	67
I. Die Mindestanforderungen	67
II. Die weiter gehenden Anforderungen aus praktischer Sicht	68
D. Zur Klarstellung: Informationsungleichgewichte können auch nach Beginn des Prozesses auftreten	69

§ 12 Abzulehnende Ansätze für die Lösung des vorprozessualen Konflikts zwischen dem Informationsinteresse und dem Geheimhaltungsinteresse	70
A. Keine Lösung des Konflikts bei der Verteilung der Darlegungslast	70
I. Die Verteilung der Darlegungslast nach der herrschenden Meinung	70
1. Die Grundlagen	70
2. Die Verteilung der Darlegungslast folgt der Verteilung der Beweislast	70
II. Eine andere Lastenverteilung kann den Konflikt zwischen dem Informationsinteresse und dem Geheimhaltungsinteresse nicht lösen	72
1. Die Verteilung nach Organisationsbereichen als Grundregel ist abzulehnen	72
a) Die Grundlagen	72
aa) Ein Blick in die Rechtsprechung	72
bb) Die Ansicht von Jürgen Prölss	73
b) Die Verteilung (der Beweis- und ihr folgend) der Darlegungslast nach Organisationsbereichen kann den Konflikt nicht lösen	73
aa) Der begrenzte Wert einer Modifizierung der Lastenverteilung für den Ausgleich vorprozessualer Informationsungleichgewichte	74
bb) Die Ablehnung einer Lastenverteilung nach Organisationsbereichen	74
2. Es überzeugt nicht, eine abweichende Lastenverteilung aus dem Grundsatz der Waffengleichheit oder dem Grundsatz von Treu und Glauben abzuleiten	76
3. Eine von der Grundregel abweichende Lastenverteilung ergibt sich nicht aus den Grundrechten	77
4. Die Ansicht von Ulrich Krieger überzeugt nicht	77
B. Keine Lösung des Konflikts durch eine Berücksichtigung des Informationsungleichgewichts bei den Anforderungen an den prozessualen Vortrag	78
§ 13 Die Grundlagen der materiellrechtlichen Informationsansprüche	80
A. Das materielle Recht als gesetzgeberisches Instrument der Wahl	80
B. Das Verhältnis der Informationsansprüche zur Verteilung der Darlegungslast	81
I. Grundsätzlich keine wechselseitigen Abhängigkeiten	81

II. Die gleichwohl der Verteilung der Darlegungslast entnehmbaren Wertungen	82
a) Die nichtbelastete Partei muss grundsätzlich keine Informationen aus ihrer Sphäre zur Verfügung stellen	82
b) Die belastete Partei muss gegebenenfalls Anstrengungen und Entbehrungen auf sich nehmen	82
C. Das Verhältnis der Informationsansprüche zum Verhandlungsgrundsatz	82
D. Die Informationsansprüche	83
I. Keine allgemeine Informationspflicht	83
1. Das deutsche Privatrecht kennt keine allgemeine Informationspflicht	83
2. Die Vorwirkung des prozessualen Grundsatzes, dass niemand gehalten ist, seinem Gegner Material für dessen Prozesssieg zu verschaffen (nemo contra se edere tenetur)	83
II. Die teleologischen Grundlagen der Informationsansprüche	87
1. Der eigenmächtige (mutmaßliche) Eingriff in einen fremden Rechtskreis	87
2. Die Kontrollmöglichkeit zum Ausgleich der einem anderen eingeräumten Rechtsmacht	88
3. Die Klärung des Inhalts eines feststehenden Anspruchs	88
4. Die Sicherung des Leistungsinteresses	89
5. Ergebnis und Folgerungen	89
a) Die These	89
b) Die Begründung der These	89
III. Die Erweiterung des gesetzlichen Rahmens durch die Rechtsprechung	91
IV. Die möglichen Anspruchsziele und Anspruchsschuldner	92
 2. Abschnitt. Die Informationsbeschaffung vor immaterialgüterrechtlichen und vor lauterkeitsrechtlichen Zivilprozessen	93
§ 14 Der Modellcharakter des Immaterialgüterrechts und des Lauterkeitsrechts	93
§ 15 Der Geheimnisschutz auf der Tatbestandsseite der Informationsansprüche	96
A. Der unselbstständige Auskunftssanspruch im engeren Sinne	96
I. Die Grundlagen	96
II. Die Anspruchsvoraussetzungen	97

1. Die „zwischen den Parteien bestehende Rechts- beziehung“	97
2. Der Anspruchsteller ist „in entschuldbarer Weise über Bestehen und Umfang seines Rechts im Ungewissen“ . . .	99
3. Der Gläubiger des Anspruchs kann „sich die zur Vorbereitung und Durchsetzung seines Anspruchs notwendigen Auskünfte nicht auf zumutbare Weise selbst beschaffen“	99
B. Der selbstständige Auskunftsanspruch	100
I. Das Immaterialgüterrecht	100
1. Die Grundlagen	100
2. Die Anspruchsvoraussetzungen	101
a) Der Auskunftsanspruch gegen den Verletzer	101
b) Der Auskunftsanspruch gegen den Nichtverletzer . . .	101
aa) Die Tatbestandsvoraussetzungen	101
bb) Die Verweisung auf §§ 383 bis 385 ZPO als Beitrag zum Geheimnisschutz	102
II. Das Lauterkeitsrecht	104
1. Die Grundlagen	104
2. Die Anspruchsvoraussetzungen	105
a) Die Grundlagen	105
b) Die analoge Anwendung der §§ 383 bis 385 ZPO . . .	106
C. Der Rechnungslegungsanspruch	106
I. Die Grundlagen	106
II. Die Anspruchsvoraussetzungen	107
1. Die Voraussetzungen des (unselbstständigen) Auskunftsanspruchs im engeren Sinne	107
2. Das Bedürfnis für eine Rechnungslegung	107
a) Die Grundlagen	107
b) Kein ausreichendes Bedürfnis für eine Rechnungs- legung bei Geltendmachung des konkret entgangenen Gewinns	108
c) Besonderheiten bei der Verletzung eines Marken- rechts, eines Namens- oder Firmenrechts oder eines Designrechts?	108
D. Der Anspruch auf Besichtigung einer Sache und der Anspruch auf Einsichtnahme einer Urkunde	109
I. Das Immaterialgüterrecht	109
1. Die Grundlagen	109
2. Die Anspruchsvoraussetzungen	110
a) Die hinreichend wahrscheinliche Rechtsverletzung . .	110

b) Die Besichtigung oder die Einsichtnahme ist zur Anspruchsbegründung erforderlich	111
c) Die Verfügungsgewalt des Besichtigungs- oder Einsichtsschuldners über die Sache oder die Urkunde als Beitrag zum Schutz von Geheimnissen unbeteiligter Dritter	112
d) Das Erfordernis einer genauen Bezeichnung der Urkunde oder der Sache als Beitrag zum Geheimnisschutz	112
e) Bei hinreichender Wahrscheinlichkeit einer in gewerblichem Ausmaß begangenen Verletzung Anspruch auf Einsichtnahme von Bank-, Finanz- oder Handelsunterlagen	112
II. Das Lauterkeitsrecht	113
1. Die Grundlagen	113
2. Die Anspruchsvoraussetzungen des Besichtigungs- anspruchs	113
a) Der durchzusetzende Anspruch	113
b) Der Anspruchsgegner	115
c) Das Interesse an der Besichtigung	115
3. Die Anspruchsvoraussetzungen des Einsichtsanspruchs	116
a) Die Einsichtstatbestände	116
b) Der Anspruchsgegner	117
c) Das rechtliche Interesse an der Einsichtnahme	118
d) Keine analoge Anwendung der §§ 383 bis 385 ZPO	119
§ 16 Der Geheimnisschutz auf der Rechtsfolgenseite der Informations- ansprüche I: Der Anspruchsinhalt	120
A. Die Auskunft im engeren Sinne und die Rechnungslegung	120
I. Die Auskunft im engeren Sinne	120
1. Keine Pflicht zur Offenlegung von Kontrolltatsachen	120
2. Keine Pflicht zur Vorlage von Belegen	126
a) Der unselbstständige Auskunftsanspruch	126
b) Der selbstständige Auskunftsanspruch	128
3. Die Regelung des Auskunftsinhalts in Absatz 3 der Anspruchsgrundlagen des immaterialgüterrechtlichen selbstständigen Auskunftsanspruchs	130
a) Die Konkretisierung des Verhältnismäßigkeits- grundsatzes	130
b) Absatz 3 Nr. 1 der Anspruchsgrundlagen des immaterial- güterrechtlichen selbstständigen Auskunftsanspruchs: Angaben über die Herkunft und den Vertriebsweg	130

c) Absatz 3 Nr. 2 der Anspruchsgrundlagen des immaterialgüterrechtlichen selbstständigen Auskunftsanspruchs	130
aa) Angaben über die Mengen	130
bb) Angaben über die Preise	131
II. Die Rechnungslegung	133
1. Keine Pflicht zur Offenlegung von Kontrolltatsachen . . .	133
2. Die Pflicht zur Vorlage von Belegen	134
B. Die Besichtigung einer Sache und die Einsichtnahme einer Urkunde	134
I. Die Besichtigung einer Sache	134
1. Die Grundlagen	134
2. Die Besichtigung umfasst auch Substanzeingriffe	135
3. Der Besichtigungsanspruch berechtigt nicht zur Durchsuchung	136
a) Der Meinungsstand	136
b) Der Inhalt von Art. 6 und 7 der RL 2004/48/EG	136
II. Die Einsichtnahme einer Urkunde	139
§ 17 Der Geheimnisschutz auf der Rechtsfolgenseite der Informationsansprüche II: Die Anpassung an den Einzelfall mit Hilfe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	139
A. Die Grundlagen	139
B. Die Geeignetheit und die Erforderlichkeit	140
C. Die Angemessenheit	142
I. Die Abwägung zwischen Information und Geheimhaltung	142
1. Keine von vornherein geringere Gewichtung des Geheimhaltungsinteresses	142
2. Die Art und Schwere der Verletzung dürfen keine Abwägungsfaktoren in Bezug auf den Geheimnisschutz sein	144
3. Das Verschulden und der Grad des Verschuldens dürfen keine Abwägungsfaktoren in Bezug auf den Geheimnisschutz sein	146
4. Die Informationsgabe ist nicht unangemessen bei drohender Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Dritter	147
II. Die Informationsverteilung I: Die verfahrensmäßige Ausgestaltung der Auskunftsansprüche	148
1. Die Beiziehung von Mittelspersonen: Der Wirtschaftsprüfervorbehalt	148
a) Die Rechtsgrundlage	148

b) Die Ausgestaltung des Wirtschaftsprüfervorbehalts . .	148
aa) Die Durchführung des Wirtschaftsprüfer- vorbehalts	148
bb) Der Wirtschaftsprüfervorbehalt darf nicht nur die Ausnahme sein	149
cc) Der Wirtschaftsprüfervorbehalt ist von Amts wegen einzuräumen	151
dd) Die Auswahl des Wirtschaftsprüfers	153
ee) Die Kosten für die Beiziehung des Wirtschafts- prüfers	153
ff) Die Verschwiegenheit des Wirtschaftsprüfers gegenüber dem Kläger	154
2. Die Erweiterung des Anwendungsfelds des Wirtschafts- prüfervorbehalts beim unselbstständigen Auskunfts- anspruch	154
a) Der Anwendungsbereich des Wirtschaftsprüfer- vorbehalts bei für die Rechtsdurchsetzung geeigneten und erforderlichen Informationen ist begrenzt	155
aa) Art. 103 Abs. 1 GG ist (noch) kein Prüfungs- maßstab	155
bb) Die Anlegung des Maßstabs des Rechts auf Zugang zum Prozess	156
cc) Folgerungen	156
b) Der Vorschlag von Ute Ploch-Kumpf überzeugt nicht	156
c) Die Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands als Lösung	157
aa) Das Gebot praktischer Konkordanz	157
bb) Die Entscheidung BGHZ 183, 153 – Lichtbogen- schnürung	158
cc) Die Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands von Amts wegen	159
dd) Die Auswahl des Rechtsanwalts und die ergänzende Beiziehung eines Patentanwalts	160
ee) Die Verschwiegenheit des anwaltlichen Beistands	161
(1) Die Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Mandanten	161
(2) Die fehlende „Vertrauenswürdigkeit“ des Anwalts?	165
(3) Die Verschwiegenheitspflicht widerspricht nicht dem anwaltlichen Berufsbild	166

(4) Kein Verstoß gegen das Interesse des Klägers an effektivem Rechtsschutz	167
(5) Die fehlende Kontrollmöglichkeit des Verhaltens des Rechtsanwalts – der Prinzipal- Agent-Konflikt	171
ff) Die Kosten für die Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands	171
(1) Vorbemerkung: Die Verteilungsregel des § 91 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 S. 1 Halbs. 1 ZPO	171
(2) Die nicht unter die Verteilungsregel des § 91 ZPO fallenden Rechtsanwaltskosten . . .	172
(3) Die unter die Verteilungsregel des § 91 ZPO fallenden Rechtsanwaltskosten	173
(4) Die Patentanwaltskosten	175
3. Die Anwendung des Wirtschaftsprüfervorbehalts beim selbstständigen Auskunftsanspruch	176
a) Die Ansicht der herrschenden Meinung	176
b) Stellungnahme	177
aa) Die Kritik	177
(1) Die Übermittlung von Kontrolltatsachen und von Belegen	177
(2) Die Übermittlung von für die Rechtsdurch- setzung geeigneten und erforderlichen Informationen	177
bb) Die Lösung	178
(1) Die Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands	178
(2) Die Offenlegung von Namen und von Anschriften beim unselbstständigen Auskunfts- anspruch	178
III. Die Informationsverteilung II: Die verfahrensmäßige Ausgestaltung des Besichtigungs- und Einsichts- anspruchs	178
1. Die Modelle der Rechtsprechung und der Wissenschaft	179
a) Das erste Modell: Die Durchsetzung im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes mit anschließendem Hauptsacheverfahren	179
aa) Die einstweilige Besichtigungs- oder Einsichts- verfügung	179
bb) Die Sequestration des Besichtigungs- oder Einsichtsobjekts	179

cc) Die Besichtigung durch eine sachverständige Person	180
(1) Die Auswahl des Dritten und die Gewährleistung seiner Verschwiegenheit	180
(2) Die Besichtigung oder die Einsichtnahme durch den Dritten	181
dd) Das Hauptsacheverfahren über den Besichtigungs- und Einsichtsanspruch	181
b) Das zweite Modell: Die Verknüpfung von selbstständigem Beweisverfahren und einstweiligem Rechtsschutz (sogenannte Düsseldorfer Praxis)	182
aa) Der Ausgangspunkt: Das selbstständige Beweisverfahren	182
(1) Die Voraussetzungen des selbstständigen Beweisverfahrens	182
(2) Die Beweisanordnung	182
(3) Die Besichtigung oder die Einsichtnahme durch einen zur Verschwiegenheit verpflichteten Sachverständigen	182
(4) Die Aushändigung des Sachverständigen-gutachtens an den Gläubiger	183
bb) Das Problem der fehlenden Erzwingbarkeit der Maßnahmen des selbstständigen Beweisverfahrens	184
(1) Keine Erzwingbarkeit von Maßnahmen des selbstständigen Beweisverfahrens	184
(2) Die begleitende Duldungsverfügung	184
2. Stellungnahme	185
a) Die Ablehnung des zweiten Modells	185
b) Die Lösung unter Anknüpfung an das erste Modell und an die Lösung beim Auskunftsanspruch	186
aa) Die dogmatischen Grundlagen	186
bb) Die rechtliche Ausgestaltung	187
(1) Die Grundlagen	187
(2) Insbesondere: Die Einbettung in das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	188
(3) Das Sachverständigengutachten ist nur einem anwaltlichen Beistand zu übergeben	189
IV. Die verfahrensmäßigen Implikationen der Angemessenheit sind am Maßstab des Gebots praktischer Konkordanz ohne Alternative	190

3. Kapitel. Das normale Erkenntnisverfahren	193
1. Abschnitt. Das Verfahren bis zur gerichtlichen Entscheidung	193
§ 18 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit	193
A. Die Öffentlichkeit des Verfahrens	193
I. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	193
II. Die mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit einhergehende Gefahr für Geheimnisse	194
1. Die geheimniskonstituierende Nichtöffentlichkeit ist zerstört	194
2. Beim „Kampf um Gerichtsöffentlichkeit“ wurde diese Gefahr gesehen	194
B. Der Ausschluss der Öffentlichkeit	196
I. Die historische Annäherung	196
1. Das GVG aus dem Jahr 1877: Kein Ausschlussstatbestand zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen . . .	196
2. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft: Erstmals ein Ausschlussstatbestand zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	196
3. Die Folgeänderungen betrafen nur Geheimnisse aus dem persönlichen Lebensbereich	196
a) Das EGStGB aus dem Jahr 1974	196
b) Das Opferschutzgesetz aus dem Jahr 1986	197
II. Der Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 172 Nr. 2 GVG . .	199
1. Der Tatbestand	199
a) Das wichtige Betriebs- und Geschäftsgeheimnis	199
b) Die Abwägungsklausel	199
2. Die Rechtsfolgen	201
a) Der Ausschluss liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Gerichts	201
b) Der Ausschluss „für die Verhandlung oder für einen Teil davon“	201
3. Die Verfahrensmodalitäten	201
a) Die Verhandlung über den Ausschluss (§ 174 Abs. 1 S. 1 GVG)	201
b) Der Beschluss über den Ausschluss und seine Begründung (§ 174 Abs. 1 S. 2 und 3 GVG)	202
4. Die Absicherung des Geheimnisschutzes	205
a) Die gerichtlich auferlegte Schweigepflicht nach § 174 Abs. 3 GVG	205

b) Die Verschwiegenheit des Gerichts	207
c) Die Grenzen des rechtlichen Instrumentariums	207
aa) Entscheidend ist die faktische Geheimhaltung	207
bb) Folgerungen	208
III. Ein Plädoyer für mehr Einfluss der Parteien auf den Ausschluss der Öffentlichkeit zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	208
1. Nach einhelliger Ansicht keine Einflussmöglichkeit der Parteien auf den Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 172 Nr. 2 GVG	208
a) Der Grundsatz der Öffentlichkeit ist nicht dispositiv	208
b) § 172 Nr. 2 GVG räumt dem Geheimnisinhaber kein Antragsrecht ein	210
2. Der Blick in andere Verfahrensordnungen	210
a) Das finanzgerichtliche Verfahren	210
b) Das Verfahren vor dem BPatG	211
c) Die Verfahren vor dem EuGH und dem EuG	211
d) Das Verfahren vor dem EGMR	212
3. Die möglichen Ursachen für die Aussparung eines Antragsrechts zum Schutz von Betriebs- und Geschäfts- geheimnissen im GVG	212
4. Die Parteien auf die Möglichkeit des Schiedsverfahrens oder der außergerichtlichen Konfliktbeilegung zu verweisen, ist keine Lösung	214
5. Ein Antragsrecht ist im Wege der Analogie begründbar	214
6. Auch nicht am Prozess beteiligte Dritte haben ein Antragsrecht	217
C. Das Akteneinsichtsrecht Dritter nach § 299 Abs. 2 ZPO	217
§ 19 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien I: Die Grundlagen	219
A. Die Informationseinbringung und die Informationsverteilung	219
I. Die Informationseinbringung: Der Grundsatz, dass niemand gehalten ist, seinem Gegner Material für dessen Prozesssieg zu verschaffen	219
II. Die Informationsverteilung: Der Grundsatz der Partei- öffentlichkeit verbietet eine Geheimhaltung gegenüber den Parteien	220
1. Die umfassende Geltung des Grundsatzes der Partei- öffentlichkeit	220
2. Der Sinn und Zweck des Grundsatzes der Partei- öffentlichkeit	222

a) Die subjektive Ausrichtung	222
b) Die objektive Ausrichtung	223
B. Das ursprünglich der ZPO immanente Gefüge zwischen Information und Geheimhaltung entwickelte sich einseitig zulasten der Geheimhaltung	224
I. Die These	224
II. Die Begründung der These	224
1. Die Entwicklung von §§ 142 und 144 ZPO	224
a) Die bis zum Jahr 2001 geltende Fassung	224
aa) § 142 Abs. 1 ZPO [a. F.]	224
bb) § 144 Abs. 1 ZPO [a. F.]	226
b) Die seit dem Zivilprozessreformgesetz geltende Fassung	226
aa) § 142 Abs. 1 ZPO	226
bb) § 144 Abs. 1 ZPO	231
c) Folgerungen	232
2. Die sekundäre Darlegungslast	233
a) Das der ZPO zugrundeliegende Konzept für das Wechselspiel von Rede und Gegenrede	233
b) Die Entwicklung der sekundären Darlegungslast	233
aa) Die Grundlagen	233
bb) Der Zumutbarkeitsvorbehalt	235
c) Folgerungen	237
3. Die Beweisvereitelung	237
a) Die von der ZPO vorgesehene Berücksichtigung einer verweigerten Informationsgabe	237
b) Die Ausdehnung des gesetzlichen Modells	237
c) Folgerungen	239
III. Die Ausweitung der Informationseinbringung ändert nichts an der Funktion der Parteiöffentlichkeit	239
1. Die subjektive Ausrichtung bleibt in jedem Fall erhalten	240
2. Auch die objektive Ausrichtung gilt nach wie vor uneingeschränkt	240
a) Sogar Verfahren, in denen der Untersuchungs- grundsatz gilt, kennen eine objektiv ausgerichtete Parteiöffentlichkeit	240
b) Die amtswegigen Instrumente sind nicht völlig frei von der Aktivität der Parteien	242
c) Die vom gegnerischen Vortrag losgelösten Instrumente sind nicht völlig frei von Verbindungen zum Vortrag des Gegners	242

d) § 139 ZPO ändert nichts an der Kompetenz der Parteien zur Sachverhaltsrekonstruktion	242
IV. Ergebnis und Folgerungen	244
1. Die These ist zu halten	244
2. Rechtsvergleichende Einblicke	244
a) Die Schweizerische ZPO	244
b) Die österreichische ZPO	247
§ 20 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien II: Die Informationseinbringung I: Das Stadium des streitigen Tatsachenvortrags	248
A. Der verfahrenseinleitende Schriftsatz	248
I. Die Empirie	248
II. Der Sinn und Zweck der Anforderungen an den verfahrenseinleitenden Schriftsatz	250
III. Ein Bedürfnis für Geheimnisschutz besteht auch bei Prozessen um eine (vermeintliche) Verletzung eines Geheimnisses	251
IV. Die Möglichkeiten des Geheimnisschutzes bei § 253 Abs. 2 ZPO	252
1. Kaum Möglichkeiten bei § 253 Abs. 2 Nr. 1 ZPO	252
2. Kaum Möglichkeiten bei § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO und bei der Rechtfertigung der Sachbitte	252
a) Der begrenzte Wert der Lösungsansätze in der Judikatur	252
b) Die Reduktion verbaler Informationen ist keine Lösung	255
c) Die Bezugnahme auf sich außerhalb der Klageschrift befindende Aktenstücke, Anlagen oder Gegenstände ist keine Lösung	256
d) Die Umkehr der Lastenverteilung ist keine Lösung	258
V. Ergebnis und Folgerungen	258
B. Der Tatsachenvortrag im laufenden Prozess	258
I. Der Ausgangspunkt	258
II. Der Beitrag des Verbots eines prozessualen Vortrags ohne tatsächliche Anhaltspunkte zum Schutz von Geheimnissen des Gegners	259
III. Die allgemeinen Substantiierungsanforderungen tragen als solche nicht (mehr) zum Geheimnisschutz bei	260
IV. Der Vorbehalt der Zumutbarkeit des Vortrags ist kaum tauglich als Instrument zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	260

1. Die ZPO kennt keine Weigerungsrechte zugunsten der Parteien	260
2. Der Zumutbarkeitsvorbehalt	262
V. Der Geheimnisschutz bei § 141 ZPO	265
1. Nach § 141 ZPO kann nur das Erscheinen angeordnet werden	265
2. Eine verweigte Einlassung ist bei der Verhandlungswürdigung zu berücksichtigen	265
VI. Der Vorschlag des OGH geht nicht über den status quo im deutschen Zivilprozessrecht hinaus	266
VII. Der Geheimnisschutz nach den von einem Teil des Schrifttums vorgebrachten Vorschlägen für die Ausgestaltung der Informationseinbringung	268
1. Vorbemerkung	268
2. Die allgemeine prozessuale Aufklärungspflicht (Rolf Stürner)	269
a) Die Grundlinien des Vorschlags	269
b) Insbesondere: Der zwischenparteiliche Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	270
c) Bewertung aus Sicht des Geheimnisschutzes	271
3. Der Vorschlag von Alexander Lüderitz	272
a) Der Vorschlag	272
b) Bewertung aus Sicht des Geheimnisschutzes	273
c) Die Abkehr vom Verbot eines Vortrags ohne Anhaltspunkte	273
aa) Die Vorschläge	273
bb) Bewertung aus Sicht des Geheimnisschutzes	276
VIII. § 138 Abs. 4 ZPO ist aus Sicht des Geheimnisschutzes neutral	277
IX. Ergebnis und Folgerungen	277
§ 21 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien III: Die Informationseinbringung II:	
Das Beweisstadium	278
A. Keine Steuerung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen über die Verteilung der Beweislast	278
B. Das Beweisantragsstadium	278
I. Die inhaltlichen Anforderungen an den dem Beweisantrag zugrundeliegenden Tatsachenvortrag als Geheimnisschutzinstrument	278
1. Der Beweisantrag als Instrument für die Informationseinbringung	278

2. Der Einfluss der inhaltlichen Anforderungen auf den Geheimnisschutz	279
a) Auch für den dem Beweisantrag zugrundeliegenden Vortrag gelten die allgemeinen Vorgaben für den prozessualen Vortrag	279
aa) Das Verbot des Ausforschungsbeweises	279
bb) Fallgruppe I: Der Vortrag muss substantiiert (und schlüssig) sein und ein bestimmtes Beweismittel ist anzugeben	280
cc) Fallgruppe II: Bei einem Vortrag auf Vermutungsbasis müssen wenigstens Anhaltspunkte vorgebracht werden	282
dd) Das „Beweisverlangen, durch welches dem Gericht unmittelbar aufgegeben werden soll, Informationen von dem Gegner zu ermitteln“ ist keine eigenständige Fallgruppe	282
ee) Die rechtlichen Grundlagen der Unzulässigkeit eines ausforschenden Beweisantrags	283
b) Die allgemeinen Vorgaben für den prozessualen Vortrag tragen im Beweisantragsrecht (teilweise) zum Geheimnisschutz bei	285
II. Weitere Zurückweisungsgründe für den Beweisantrag zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen . . .	286
1. Das Beweishindernis gemäß § 383 Abs. 3 ZPO	287
a) Der direkte Anwendungsbereich	287
aa) § 383 Abs. 3 ZPO und der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Parteien	287
bb) § 383 Abs. 3 ZPO kann auch zur Zurückweisung eines Beweisantrags führen	287
cc) Die Schutzwirkung des § 383 Abs. 3 ZPO endet an den Erkenntnismöglichkeiten des Gerichts	288
b) Die Ausdehnung des Anwendungsbereichs	289
aa) Die anerkannten Anwendungsfelder	289
bb) § 383 Abs. 3 ZPO analog zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	289
2. Die Verfolgung eines verfahrensfremden Zwecks	291
3. Ein Beweisverwertungsverbot als Folge einer rechtswidrigen Erlangung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	291
a) Der Ausgangspunkt	291
aa) Die zu bewertende Konstellation	291
bb) Ein Blick in die Rechtsprechung und in das Schrifttum	291

cc) Die Frage nach einem Beweisverwertungsverbot als Zurechnungsproblem	294
dd) Das Verhältnis zwischen materiellrechtlicher Schweigepflicht und prozessualen Weigerungsrecht eines Dritten steht einem Beweisverwertungsverbot nicht entgegen	295
b) Das Beweisverwertungsverbot	295
aa) Die Beweisverwertungsverbote im Zivilprozess – der Meinungsstand	295
bb) Die Verwertung von rechtswidrig erlangten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Prozess ist eine erneute Rechtsverletzung	297
cc) Folgerungen	299
III. Die Aufschiebung der Beweisaufnahme analog § 251 S. 1 ZPO als Geheimnisschutzinstrument	300
IV. Die nachrangige Heranziehung von geheimnistragenden Beweismitteln als Geheimnisschutzinstrument	301
1. Der Meinungsstand	301
2. Stellungnahme	302
a) Kein entgegenstehendes Recht auf Beweis des Beweisführers	302
b) Die Grenzen der amtswegigen Beweisaufnahme stehen nicht entgegen	303
c) Das Gebot der Prozessbeschleunigung und das Gebot der Prozessökonomie stehen nicht entgegen	303
d) Die ZPO kennt keinen Grundsatz, dass stets das sachverhaltsnächste Beweismittel heranzuziehen ist	303
e) Kein Verstoß gegen die Subsidiarität der Parteivernehmung	304
3. Die Rechtsgrundlage für eine nachrangige Heranziehung von geheimnistragenden Beweismitteln	309
a) Die richterliche Kompetenz zur Gestaltung des Ablaufs der Beweisaufnahme reicht nicht stets als Rechtsgrundlage aus	309
b) Die Wertung des § 139 Abs. 3 S. 2 PatG	310
c) Die Wertung der § 84 Abs. 2 S. 4 EnWG, § 72 Abs. 2 S. 4 GWB, § 138 Abs. 2 S. 2 TKG und § 57 Abs. 3 S. 4 WpÜG	310
d) Der Rechtsgedanke aus § 445 Abs. 1, § 448 und § 450 Abs. 2 ZPO	311
V. Ergebnis und Folgerungen	312

C. Das Beweismittelstadium	312
I. Die Weigerungsrechte Dritter zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Parteien	312
1. Der Ausgangspunkt: Die Heranziehung Dritter bei der Beweisaufnahme: Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Parteien im Tatbestand	312
a) Die Beweisaufnahme auf einen Beweisantrag hin	312
aa) Der Zeugenbeweis und der Sachverständigenbeweis	312
bb) Der Augenscheinsbeweis	312
cc) Der Urkundenbeweis	315
b) Die Beweisaufnahme von Amts wegen	317
aa) § 142 Abs. 1 und § 144 Abs. 1 ZPO	317
bb) § 102 HGB	319
2. Die §§ 383 und 384 ZPO als originärer Bezugspunkt für Weigerungsrechte	319
3. Die Weigerungsrechte	320
a) Das Weigerungsrecht nach § 383 Abs. 1 Nr. 6 ZPO	320
aa) Die weite Auslegung des Anvertrauenskriteriums	320
bb) „Personen, denen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes“ Informationen anvertraut sind	321
cc) Die Informationen, „deren Geheimhaltung durch ihre Natur oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist“	322
b) Das Weigerungsrecht nach § 384 Nr. 3 ZPO	323
aa) Das „Kunst- oder Gewerbegeheimnis“	323
bb) Auch Geheimnisse der Prozessparteien sind von dem Weigerungsrecht erfasst	323
cc) Der drohende gewerbliche oder wettbewerbliche Nachteil ist kein zusätzliches einschränkendes Tatbestandsmerkmal	324
c) Weitere Weigerungsrechte nach §§ 383 und 384 ZPO, die zugunsten der Parteien geheimnisschützend wirken können	324
d) Die Unzumutbarkeit nach § 142 Abs. 2 S. 1 Var. 1 und § 144 Abs. 2 S. 1 Var. 1 ZPO	326
4. Die Grenzen der Weigerungsrechte	326
a) § 385 Abs. 1 Nr. 1 und 4 ZPO	326
b) § 385 Abs. 2 ZPO	327
aa) Die Grundlagen	327
bb) § 385 Abs. 2 ZPO ist auch auf § 384 Nr. 3 ZPO anwendbar	327

cc) Die Verweigerung der Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht	328
c) Kein Ausschluss des Weigerungsrechts nach § 142 Abs. 2 S. 1 und § 144 Abs. 2 S. 1 ZPO durch einen materiellrechtlichen Anspruch einer der Parteien . . .	329
5. Die Belehrung über das Weigerungsrecht	330
6. Die Weigerungserklärung und ihre Überprüfung durch das Gericht	331
II. Die Heranziehung der Parteien bei der Beweisaufnahme: Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Tatbestand	331
1. Die Parteien haben im Beweismittelstadium kein Weigerungsrecht	331
2. Kein Schutz der beweisbelasteten Partei bei der Informationseinbringung	333
3. Die Beweisaufnahme auf einen Beweisantrag hin	334
a) Der Augenscheinsbeweis	334
b) Der Sachverständigenbeweis	337
c) Der Urkundenbeweis	338
d) Die Parteivernehmung	340
4. Die Beweisaufnahme von Amts wegen	341
a) § 142 Abs. 1 und § 144 Abs. 1 ZPO	341
b) § 448 ZPO	343
c) § 102 HGB	343
d) § 258 Abs. 1 HGB	344
aa) Die Vorlageanordnung nach § 258 Abs. 1 HGB . .	344
bb) § 259 S. 2 HGB in Verbindung mit der Genese des § 13 Abs. 2 Nr. 2 EGCPD als Anhaltspunkt für die Zulässigkeit eines in-camera-Verfahrens im Zivilprozess	345
e) § 7 Abs. 7 SpruchG	347
aa) Die Vorlageanordnung nach § 7 Abs. 7 S. 1 SpruchG	347
bb) § 7 Abs. 7 S. 2 SpruchG als Anhaltspunkt für die Zulässigkeit eines in-camera-Verfahrens im Zivilprozess	347
III. Die Beweiswürdigung als Geheimnisschutzinstrument . . .	349
1. Die speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung einer Verweigerung	349
a) § 371 Abs. 3 ZPO (Augenscheinsbeweis)	349
b) § 427 S. 2, § 444 ZPO (Urkundenbeweis)	350
c) §§ 446, 453 Abs. 2 ZPO (Parteivernehmung)	350

2. Die Berücksichtigung des Geheimhaltungsinteresses bei der Beweiswürdigung abseits der speziellen Vorschriften (§ 286 Abs. 1 S. 1 ZPO)	351
IV. Ergebnis und Folgerungen	352
§ 22 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien IV: Die Informationsverteilung	352
A. Das geschriebene Prozessrecht	352
I. Die unbeschränkte und unbeschränkbare Parteiöffentlichkeit im Zivilprozess – das Beispiel des Akteneinsichtsrechts (§ 299 ZPO)	352
1. Das geschriebene Prozessrecht	352
2. Die Erweiterungen der Parteiöffentlichkeit über das geschriebene Prozessrecht hinaus	353
II. Der Blick auf das Akteneinsichtsrecht in anderen Verfahrensordnungen	353
1. Im Ausgangspunkt keine Abweichung zum Zivilprozessrecht	353
a) Das kartellrechtliche, das kapitalmarktrechtliche und das energiewirtschaftsrechtliche Beschwerdeverfahrensrecht ist ausführlicher, entspricht im Ausgangspunkt aber der Rechtslage im Zivilprozess	353
b) Auch im Finanzprozess und im Verwaltungsprozess keine Abweichungen von der zivilprozessualen Rechtslage	355
c) Keine Begrenzung der Parteiöffentlichkeit im Verfahren vor dem EPG	356
2. Die Tendenzen hin zu einer Begrenzung der Beteiligtenöffentlichkeit	356
a) Die Zwischenverfahrenslösung als Ausgangspunkt	356
b) Der (einfach) Beigeladene im kartellrechtlichen, im kapitalmarktrechtlichen und im energiewirtschaftsrechtlichen Beschwerdeverfahrensrecht	359
c) § 138 Abs. 2 TKG [n. F.] und § 7 Abs. 7 S. 2 SpruchG	361
d) § 120 Abs. 3 SGG und § 13 Abs. 1 FamFG	361
e) Der Streithelfer im europäischen Prozessrecht	362
III. Die im Zivilprozessrecht etablierten Möglichkeiten zum Ausschluss der Parteien enthalten keinen Anknüpfungspunkt für den Geheimnisschutz	365
1. § 177 GVG in Verbindung mit § 158 ZPO	365
2. § 117 Abs. 2 S. 2 ZPO	365
3. § 247 StPO analog	366

IV. Bewertung und Folgerungen	367
1. Der Geheimnisschutz bei der Informationsverteilung ist nur im Wege der Rechtsfortbildung zu bewirken	367
2. Die Vorgaben für die Rechtsfortbildung	367
a) Die Ablehnung der einseitigen Fokussierung auf personenbezogene Informationen	367
b) Zum Einzugsbereich der Rechtsfortbildung	368
3. Die Beseitigung oder der Rückbau der Restriktionen bei der Informationseinbringung mit Blick auf das Instrumentarium bei der Informationsverteilung	368
4. Kein Vorzug einer Entscheidung nach der Lastenverteilung	370
B. Die Beiziehung eines neutralen, zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten	372
I. Die Befürworter dieses Modells in der Rechtsprechung und im Schrifttum	372
1. Die Rechtsprechung zum allgemeinen Zivilprozess	373
a) Das Glasverschnitt-Programm-Urteil des OLG Nürnberg	373
b) Das Urteil des OLG Karlsruhe in der Rechtssache Amtsanzeiger	374
2. Die Rechtsprechung zum kartellrechtlichen Beschwerde- verfahrensrecht	374
3. Das Schrifttum	375
II. Stellungnahme	376
1. Vorbemerkungen	376
a) Die Äußerungen des Gesetzgebers	376
b) Rechtsfragen muss das Gericht selbst beantworten	376
2. Die selbstständige Informationserhebung durch Dritte beim Sachverständigenbeweis und beim Augenscheins- beweis	376
a) Keine Geheimhaltung der Informationen gegenüber dem Gericht	376
aa) Die Zulässigkeit von eigenständigen Ermittlungen des Sachverständigen und der Beiziehung von Gehilfen beim Augenscheinsbeweis	376
bb) Die Zulässigkeit von eigenständigen Ermittlungen und der Beiziehung von Gehilfen ändert nichts an der fehlenden Vorenthaltung der Informa- tionen gegenüber dem Gericht	378

b) Der Umfang der Parteiöffentlichkeit bei der selbstständigen Informationsermittlung durch einen Dritten	379
3. Zur Abgrenzung: Der Einsatz mittelbarer Beweismittel: Die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung zu § 2 Abs. 2 BetrVG	381
a) Die Darstellung der Judikatur	381
b) Das Vorgehen ist rechtmäßig	383
aa) Kein Verstoß gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit und das Gebot richterlicher Beweiswürdigung	383
bb) Kein Verstoß gegen den Grundsatz der Parteiöffentlichkeit und das Gehörsrecht des Arbeitgebers	385
c) Die Grenzen dieser Verfahrensweise	386
4. Folgerungen	387
a) Die Beiziehung eines neutralen Dritten nach dem Modell der Gegenansicht ist nicht dem Einsatz mittelbarer Beweismittel zuzuschreiben	387
b) Die Ausdehnung der Reichweite der selbstständigen Informationserhebung durch Dritte im Zivilprozess ändert nichts an der fehlenden Geheimhaltung der Informationen	389
c) Rechtlich besteht kein Hebel einer Vorenthaltung der Informationen gegenüber dem Gericht für die Legitimation einer Vorenthaltung gegenüber den Parteien	390
aa) Die Vorenthaltung der Informationen gegenüber dem Gericht legitimiert nicht die Vorenthaltung gegenüber den Parteien	390
bb) Die Gegenansicht schafft ohne Not eine zusätzliche Hürde für die Etablierung eines Geheimnisschutzinstrumentariums bei der Informationsverteilung	391
d) Die Gegenansicht zieht die Parallele zum vorprozessualen Stadium nicht stringent	391
e) Aus § 558a Abs. 2 Nr. 3 BGB lässt sich kein Anknüpfungspunkt für die Gegenansicht gewinnen . .	392
f) § 404a ZPO legitimiert das Modell der Gegenansicht nicht	393
g) Das Modell der Gegenansicht ist auch bei Einverständnis beider Parteien rechtlich nicht zulässig	393

h) Der verbleibende Rahmen für die Beiziehung eines neutralen, zur Verschwiegenheit verpflichteten Dritten zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	394
C. Das in-camera-Verfahren im Zivilprozess	395
I. Die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und das Schrifttum	395
1. Das in-camera-Hauptsacheverfahren ohne und unter Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands	395
a) Keine Äußerung des Gesetzgebers zum in-camera-Hauptsacheverfahren im (allgemeinen) Zivilprozess	395
b) Die Rechtsprechung	396
c) Das Schrifttum	397
aa) Die Befürworter eines in-camera-Hauptsacheverfahrens	397
bb) Die Begründung der Vorenthaltung der Informationen	399
cc) Die herrschende Meinung in der Literatur lehnt ein in-camera-Hauptsacheverfahren ab	402
2. Ein zivilprozessuales in-camera-Zwischenverfahren erwägt kaum jemand	403
II. Im (allgemeinen) Zivilprozess ist ein (gedanklich) dreistufiges in-camera-Verfahrensmodell zu etablieren	404
III. Die Rechtsgrundlage	405
1. Die Gesamtanalogie zu den Regelungen in den anderen Verfahrensordnungen	405
a) Die zur Rechtsfortbildung berechtigende Lücke	406
aa) Die Lücke für die Etablierung eines in-camera-Zwischenverfahrens auf der ersten Stufe	406
bb) Die Lücke für die Etablierung eines in-camera-Zwischenverfahrens auf der zweiten Stufe und eines in-camera-Hauptsacheverfahrens (dritte Stufe)	409
b) Die Vergleichbarkeit der prozessualen Konstellationen	412
2. Dass die analog herangezogenen Vorschriften keine sachlich umfassende Geheimhaltung vorsehen, steht der Analogie nicht entgegen	412
3. Es gibt keine Alternativen	413
a) Der Verweis auf das Schiedsverfahren, die außergerichtliche Konfliktbeilegung und die gütliche Streitbeilegung gemäß § 278 ZPO	413

b) Das finanziell sanktionsbewehrte Missbrauchs-	
verbot	414
4. Eine Analogie als Rechtsgrundlage ist ausreichend	416
5. Auszuschließende Rechtsgrundlagen	419
a) Die von einem Teil des Schrifttums angeführten	
Rechtsgrundlagen überzeugen nicht	419
aa) § 284 S. 2 ZPO	419
bb) § 141 Abs. 3 S. 2 ZPO in Verbindung mit	
§ 242 BGB	420
cc) § 367 Abs. 1 ZPO	421
dd) § 139 Abs. 3 S. 2 PatG oder eine der Vorschrift zu	
entnehmende Wertung	421
ee) Die Beweisvereitelung	421
ff) § 174 Abs. 3 GVG (analog)	421
gg) Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 Satz 2 der	
Anspruchsgrundlagen des Besichtigungs- und	
Einsichtsanspruchs im Immaterialgüterrecht	421
b) § 495a ZPO ist als Rechtsgrundlage untauglich	421
c) Art. 42 S. 5 des TRIPs-Übereinkommens	422
IV. Die Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten	
Rechtsanwalts	422
1. Das Gebot effektiven Rechtsschutzes	422
2. Die Auswahl des anwaltlichen Beistands	423
3. Die Kosten für die Beiziehung des anwaltlichen	
Beistands	423
4. Dass die im Wege der Gesamtanalogie herangezogenen	
Vorschriften keine Beiziehung eines zur Verschwiegen-	
heit verpflichteten anwaltlichen Beistands kennen,	
steht dem Modell nicht entgegen	425
V. Ein in-camera-Verfahren ist nur auf Antrag anzuordnen . .	425
VI. Die Begründung der Vorenthaltung der Informationen	
gegenüber der Partei	426
1. Die Ablehnung der Ansicht, welche die Vorenthaltung	
gegenüber der Partei auf einen Verzicht auf die	
Informationsrechte stützt	426
a) Die Zulässigkeit eines im Voraus erfolgenden	
Verzichts auf das Recht auf Parteiöffentlichkeit und	
auf rechtliches Gehör	426
aa) Die Differenzierung zwischen dem Verzicht auf	
das Recht und dem Verzicht auf die Rüge einer	
Rechtsverletzung	426

bb) Ein im Voraus erfolgreicher Verzicht auf das Recht auf Parteiöffentlichkeit und das Gehörsrecht ist zulässig	428
cc) Aber: § 284 S. 2 ZPO verlangt ein „Einverständnis der Parteien“	430
b) Weitere Argumente gegen die Ansicht, die von einem Verzicht der primär belasteten Partei ausgeht	431
2. Die Vorenthaltung gegenüber der Partei als solcher ist gerichtlich anzuordnen	432
3. Die Verschwiegenheitspflicht des anwaltlichen Beistands ist gerichtlich anzuordnen	432
VII. Die Verschwiegenheit des Gerichts	432
VIII. Die rechtliche Zulässigkeit des in-camera-Verfahrensmodells unter Beiziehung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten anwaltlichen Beistands	433
1. Das Recht auf Parteiöffentlichkeit	433
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	434
a) Die Ansicht des BVerfG und des Schrifttums: Die Einschränkung des Gehörsrechts auf der Grundlage einer Abwägung	434
aa) Die Ansicht des BVerfG (zum in-camera-Verfahren ohne Beiziehung eines Anwalts)	434
bb) Die Ansicht des Schrifttums	435
cc) Stellungnahme	436
b) Die Lösung der Grundrechtskollision durch eine Präzisierung des Schutzbereichs des Gehörsrechts	437
aa) Die Unterscheidung zwischen grundrechtlichem Sachbereich und grundrechtlichem Gewährleistungsgehalt	437
bb) Die Trennung von Sachbereich und Gewährleistungsgehalt beim Gehörsrecht	439
(1) Vorbemerkung	439
(2) Die Interpretation des Art. 103 Abs. 1 GG hinsichtlich des Äußerungsrechts	440
(3) Das Urteil Feldmühle des BVerfG	441
(4) Die Entscheidung BayVerfGH, Rpfleger 1964, 46, zum prozessualen Fragerecht	442
(5) Die Entscheidung BVerfG (K), NJW 2002, 2307, zum Akteneinsichtsrecht im Strafprozess	443
(6) Das europäische Verfahrensrecht	443

cc) Die Bestimmung des Gewährleistungsgehalts des Art. 103 Abs. 1 GG in Konstellationen, in denen der Gehörsberechtigte auf fremde rechtlich geschützte Informationen zugreifen will	443
(1) Ein Blick in die Rechtsprechung und das Schrifttum	443
(2) Die historische Gefährdungslage	444
(3) Die objektive Dimension des Gehörsrechts	446
dd) Ergebnis und Folgerungen	446
3. Das Recht auf ein faires Verfahrens (fair trial)	447
4. Das Recht auf ein kontradiktorisches Verfahren	448
5. Der prozessuale Gleichheitssatz	450
IX. Insbesondere: Das Stadium der Verfahrenseinleitung	451
X. Das gerichtliche Entscheidungsprogramm	451
§ 23 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen am Verfahren nicht beteiligter Dritter gegenüber den Parteien	452
A. Der Dritte soll selbst sein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis oder ein Geheimnis eines anderen Dritten einbringen	452
B. Die Einbringung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses eines Dritten durch die Parteien	452
I. Der Meinungsstand	452
II. Stellungnahme	453
III. Ergebnis und Folgerungen	455
2. Abschnitt. Die gerichtliche Entscheidung	455
§ 24 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit	455
A. Die Öffentlichkeit der Verkündung der Entscheidung	455
I. § 173 Abs. 1 in Verbindung mit § 169 S. 1 GVG	455
II. Die Regelung erfasst nicht Beschlüsse	456
B. Der Ausschluss der Öffentlichkeit	457
I. Keine Verkündung der Entscheidungsgründe gegenüber der Öffentlichkeit	457
1. § 173 Abs. 2 in Verbindung mit § 172 Nr. 2 GVG	457
2. Die Verfahrensmodalitäten und die Absicherung des Geheimnisschutzes	458
II. Auch keine Verkündung der Entscheidungsformel gegenüber der Öffentlichkeit	459
III. Die Ausweitung des Einflusses auf den Ausschluss der Öffentlichkeit zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	460

IV. Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Verkündungsstadium auf der Grundlage der ZPO	461
1. Die Ersetzung der Verkündung des Urteils durch seine Zustellung an die Parteien (§ 310 Abs. 3 ZPO)	461
2. Die Ersetzung der Vorlesung der Entscheidungsformel durch eine Bezugnahme auf die Formel (§ 311 Abs. 2 S. 2 ZPO)	461
3. Die Verkündung der Entscheidungsgründe (§ 311 Abs. 3 ZPO)	462
4. Das Weglassen von Entscheidungsbestandteilen (§§ 313a und 313b ZPO)	464
C. Der nachträgliche Zugang zur Entscheidung durch Dritte	464
I. Keine Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bei der Veröffentlichung der Entscheidung	464
II. Das Akteneinsichtsrecht Dritter nach § 299 Abs. 2 ZPO	465
III. Der Veröffentlichungsanspruch im immaterialgüterrechtlichen und im lauterkeitsrechtlichen Zivilprozess	465
D. Die Vereinbarkeit der Vorgaben des deutschen Rechts mit dem Unionsrecht und dem internationalen Recht	467
§ 25 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien	470
A. Die inhaltliche Gestaltung der gerichtlichen Entscheidung	470
I. Die inhaltlichen Vorgaben des § 313 ZPO	470
1. Das erstinstanzliche Urteil	470
2. Die Beschlüsse	472
3. Die Entscheidung in der Rechtsmittelinstanz	473
II. Das Weglassen von Entscheidungsbestandteilen (§§ 313a und 313b ZPO)	474
B. Das im Wege der Rechtsfortbildung entwickelte in-camera-Verfahrensmodell unter Beiziehung eines anwaltlichen Beistands	474
I. Nach dem geschriebenen Recht besteht keine Möglichkeit, in der Entscheidung enthaltene Informationen gegenüber den Parteien vorzuenthalten	474
II. Die Parallele zum vorausgehenden Verhandlungsstadium	475
1. Die Erstreckung der in-camera-Verfahrenslösung auf das Entscheidungsstadium durch den Gesetzgeber und das Schrifttum	475
a) Die gesetzgeberische Erstreckung des in-camera-Verfahrensmodells auf das Entscheidungsstadium	475

b) Das zivilprozessuale Schrifttum erstreckt das jeweils vorgeschlagene in-camera-Verfahrensmodell auf das Entscheidungsstadium	475
c) Keine Stellungnahme der Rechtsprechung zum Entscheidungsstadium	476
2. Die Verbindungslinien zwischen der Informationsverarbeitung im Verhandlungsstadium und der Informationsverarbeitung im Entscheidungsstadium	476
3. Die Unbegründbarkeit eines Verzichts der Partei auf die persönliche Kenntnissnahme	477
4. Die Beiziehung eines anwaltlichen Beistands	477
5. Die Rechtsgrundlage	478
a) Die Gesamtanalogie zu den Regelungen in den anderen Verfahrensordnungen	478
b) Die Ansicht von Uwe Kischel spricht nicht dagegen	478
6. Das Verhältnis zwischen Geheimnisschutz und Begründetheit der Klage	479
a) Die Begründetheit der Klage bedeutet nicht die Kenntnis des Beklagten von den Informationen	479
b) Der Geheimnisschutz auch zugunsten des verurteilten Beklagten	479
7. Insbesondere: Die Umsetzung des in der Entscheidung enthaltenen Befehls durch den Beklagten	479
§ 26 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen am Verfahren nicht beteiligter Dritter gegenüber den Parteien	480
 3. Abschnitt. Ein Ausblick: Der Vorschlag für eine Richtlinie über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vom 28. November 2013	
§ 27 Der sachliche Anwendungsbereich der Regelungen zum prozessualen Geheimnisschutz	482
§ 28 Art. 8 des Richtlinienvorschlags	483
A. Art. 8 Abs. 1: Die Sicherung der Verschwiegenheit von eingeweihten Personen	483
B. Art. 8 Abs. 2: Die Regelung des prozessualen Geheimnisschutzes	483
I. Art. 8 Abs. 2 Unterabs. 1	483
II. Art. 8 Abs. 2 Unterabs. 2 lit. a und Unterabs. 3	483
III. Art. 8 Abs. 2 Unterabs. 2 lit. b	484
IV. Art. 8 Abs. 2 Unterabs. 2 lit. c	485

C. Art. 8 Abs. 3: Verhältnismäßigkeit und Wahrung der Interessen der Betroffenen	485
§ 29 Art. 14 Abs. 2 und 3 des Richtlinienvorschlags	485
 4. Kapitel. Das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	487
1. Abschnitt. Das Verfahren bis zur gerichtlichen Entscheidung	487
§ 30 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit	487
A. Häufig findet keine mündliche Verhandlung statt	487
I. Das nicht mündliche Arrestverfahren (§ 128 Abs. 4 in Verbindung mit § 922 Abs. 1 S. 1 ZPO)	487
II. Das nicht mündliche Verfügungsverfahren (§ 937 Abs. 2 ZPO)	488
III. Die Nichtmündlichkeit im Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts (§ 128 Abs. 4 in Verbindung mit § 942 Abs. 4 ZPO)	489
B. Das Instrumentarium zum Ausschluss der Öffentlichkeit gilt auch im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	489
C. Die Schutzschrift vor Eingang des Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	490
§ 31 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien und der Schutz am Verfahren nicht beteiligter Dritter gegenüber den Parteien	491
A. Der Ausgangspunkt	491
I. Der Arrestprozess und der Verfügungsprozess als Erkenntnisverfahren	491
II. Der Unterschied zum Verfahren nach §§ 253 ff. ZPO	491
B. Die Informationseinbringung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	492
I. Das Stadium des streitigen Tatsachenvortrags	492
1. Der Inhalt des Arrestgesuchs und des Verfügungsgesuchs	492
a) Die inhaltlichen Anforderungen an das Arrestgesuch und das Verfügungsgesuch entsprechen im Ausgangspunkt den inhaltlichen Anforderungen an die Klageschrift	492

b) § 921 S. 1 (in Verbindung mit § 936) ZPO entbindet nicht von den inhaltlichen Anforderungen an den Sachvortrag	493
c) Keine Darlegung eines Arrestgrunds und eines Verfügungsgrunds ist erforderlich im Anwendungs- bereich des § 12 Abs. 2 UWG	493
2. Die Entlastung des Gegners von seiner Darlegungslast, soweit er vor der Entscheidung keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhält	494
3. Folgerungen	495
II. Das Beweisstadium	495
1. Das herabgesetzte Beweismaß	495
2. Die zulässigen Beweismittel	496
a) Nicht nur die Beweismittel des Strengbeweises sind zulässig	496
b) Keine Beweisaufnahme von Amts wegen	496
c) Die Beweisaufnahme muss sofort möglich sein	496
3. Die Entbehrlichkeit der Beweisführung	497
a) § 12 Abs. 2 UWG	497
b) § 921 S. 1 (in Verbindung mit § 936) ZPO	497
4. Folgerungen	497
C. Die Informationsverteilung im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	498
I. Die häufig zulässige Einschränkung des Rechts auf Parteioffentlichkeit und des Gehörsrechts trägt nichts bei zum Geheimnisschutz	498
1. Auch wenn keine mündliche Verhandlung stattfindet, gelten das Recht auf Parteioffentlichkeit und das Gehörsrecht	498
2. Die fehlende vorherige Anhörung bei Dringlichkeit und bei zu verhindernder Warnung des Gegners	498
3. Die fehlende vorherige Anhörung leistet keinen Beitrag zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	499
a) Die Informationen sind dem Gegner nachträglich zur Kenntnis zu bringen	499
b) Eine eingereichte Schutzschrift ändert daran nichts	499
II. Die Anwendung des in-camera-Verfahrensmodells	500

2. Abschnitt. Die gerichtliche Entscheidung	500
§ 32 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit	500
§ 33 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen den Parteien und der Schutz am Verfahren nicht beteiligter Dritter gegenüber den Parteien	500
5. Kapitel. Das Zwangsvollstreckungsverfahren	503
1. Abschnitt. Die Grundlagen	503
§ 34 „Handeln statt Verhandeln“	503
§ 35 Ein Wort zur Interessenlage	503
A. Das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners tritt zurück	503
I. Die Grundlagen	503
1. Die Interessen des Gläubigers überwiegen	503
2. Jedenfalls das Geheimhaltungsinteresse des Schuldners tritt zurück	504
II. Insbesondere: Das Verhältnis zwischen dem Informations- interesse und dem Geheimhaltungsinteresse bei Leistungsunfähigkeit	505
1. Die These	505
2. Die Begründung der These	506
III. Für die Rechtsdurchsetzung nicht geeignete und erforderliche Informationen	508
B. Das Geheimhaltungsinteresse am Verfahren nicht beteiligter Dritter	509
C. Der Geheimnisschutz gegenüber der Öffentlichkeit	509
2. Abschnitt. Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	509
§ 36 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gegenüber der Öffentlichkeit	509
A. Grundsätzlich kein öffentliches Zwangsvollstreckungsverfahren	509
I. Die grundsätzliche Nichtöffentlichkeit des Vollstreckungsverfahrens	509
II. Ausnahme I: Das mündliche gerichtliche Erkenntnis- verfahren gemäß § 169 S. 1 GVG im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens	510

III. Ausnahme II: Die öffentliche Verwertung des Schuldnervermögens	510
1. Die bei der öffentlichen Versteigerung drohende Geheimnisoffenlegung	510
2. Der Geheimnisschutz	511
a) Die Mobiliarpfandversteigerung	512
b) Die Immobilienpfandversteigerung	514
B. Die Bekanntmachung von Informationen und die Einsichtsrechte Dritter	514
I. Die Bekanntmachungen vor dem Versteigerungstermin	514
1. § 816 Abs. 3 ZPO	514
2. § 869 ZPO in Verbindung mit § 39 in Verbindung mit §§ 37 f. ZVG	514
II. Die Einsichtsrechte Dritter	515
1. Die verfahrensbezogenen Einsichtsrechte	515
a) Die Akten des Gerichtsvollziehers (§ 760 ZPO)	515
b) Die Akten des Zwangsversteigerungsverfahrens (§ 869 ZPO in Verbindung mit § 42 ZVG)	515
c) Das Einsichtsrecht nach § 299 Abs. 2 ZPO analog als <i>lex generalis</i>	517
2. Die Einsicht in das Schuldnerverzeichnis gemäß § 882f ZPO und die Übermittlung von Abdrucken und Listen gemäß § 882g ZPO	518
a) Der Sinn und Zweck und der Inhalt des Schuldnerverzeichnisses	518
b) Die sachlichen Voraussetzungen für die Erlangung von Informationen	518
aa) Ein wirtschaftlicher Kontakt zum Schuldner genügt	518
bb) Abdrucke und Listen	519
c) Das Registrierungserfordernis als verfahrensmäßige Voraussetzung	520
d) Das Zweckbindungsgebot nach § 882f S. 2 Halbs. 1 ZPO	520
e) Das Vertraulichkeitsgebot nach § 882g Abs. 3 S. 1 ZPO	521
aa) Der Grundsatz	521
bb) Die Ausnahmen und das delegierte Vertraulich- keitsgebot	521
(1) § 882g Abs. 4 ZPO	521
(2) § 882g Abs. 5 ZPO	521

f) Das Lösungsgebot nach § 882f S. 2 Halbs. 2, § 882g Abs. 3 S. 2, Abs. 4 S. 3 und Abs. 5 S. 3 ZPO . . .	521
g) Die Gefahr einer Offenlegung von Geheimnissen gegenüber der Allgemeinheit ist dem Schuldner zumutbar	521
aa) Der kaum wirksame Geheimnisschutz bei §§ 882f und 882g ZPO	521
bb) Der kaum wirksame Geheimnisschutz ist dem Schuldner zumutbar	522
(1) Kein Schutz des leistungsunwilligen Schuldners	522
(2) Die Löschung einer Eintragung nach drei oder fünf Jahren	523
(3) In Bezug auf den dauerhaft leistungsunfähigen Schuldner überwiegt das Interesse am Schutz des Rechtsverkehrs	523
§ 37 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zwischen dem Vollstreckungsgläubiger und dem Vollstreckungsschuldner . . .	524
A. Kein Vollstreckungsschutz aufgrund drohender Offenlegung von Geheimnissen	524
B. Das Recht auf Parteioffenlichkeit und das Gehörsrecht des Schuldners im Vollstreckungsverfahren	524
I. Das zulasten des Schuldners regelmäßig modifizierte Recht auf Parteioffenlichkeit und auf rechtliches Gehör trägt nichts zum Geheimnisschutz bei	524
II. Die Anwendung des in-camera-Verfahrensmodells zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen des Gläubigers	525
C. Die Anwendung des in-camera-Verfahrensmodells bei den vollstreckungsrechtlichen Erkenntnisverfahren	525
D. Die Anwesenheit des Gläubigers bei staatlichen Vollstreckungs- handlungen in der unternehmerischen Sphäre des Schuldners . .	526
I. Die Lösung des Konflikts zwischen dem Interesse an der Rechtsdurchsetzung und dem Geheimhaltungsinteresse durch die herrschende Meinung	526
II. Bewertung und Folgerungen	527
E. Die Informationserteilung durch den Schuldner	528
I. Die Vermögensauskunft (§§ 802c ff. ZPO)	528
1. Der Gläubiger erfährt die vom Schuldner offenzulegenden Informationen	528
a) § 802f Abs. 6 S. 1 Halbs. 2 ZPO	528

b) § 802d Abs. 1 S. 2 ZPO	528
2. Der Schuldner muss „alle ihm gehörenden Vermögens- gegenstände“ angeben	529
a) Die Grundlagen	529
b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind nicht ausgenommen	531
3. Das Anwesenheitsrecht und das Fragerecht des Gläubigers bei der Abnahme der Vermögensauskunft . . .	533
a) Das Anwesenheitsrecht des Gläubigers	533
b) Das Fragerecht des Gläubigers	533
4. Das Zweckbindungsgebot und das Lösungsgebot	535
5. Keine Anwendung des in-camera-Verfahrensmodells . .	536
6. Die Einholung von Fremdauskünften durch den Gerichtsvollzieher	536
II. Die Informationspflicht nach § 836 Abs. 3 S. 1 ZPO	536
1. Die Grundlagen	536
2. Der Schutz von für die Vollstreckung nicht geeigneten und erforderlichen Informationen	538
a) Die Entscheidungen BGHZ 192, 314, und BGH, NJW 2012, 1223	538
b) Bewertung und Folgerungen	540
III. Der materiellrechtliche immaterialgüterrechtliche Informationsanspruch	542
1. Die Grundlagen	542
2. Der Schutz von für die Vollstreckung nicht geeigneten und erforderlichen Informationen	543
F. Die Informationserteilung durch den Drittschuldner	544
I. Die Erklärungspflicht des Drittschuldners nach § 840 Abs. 1 ZPO	544
1. § 840 Abs. 1 Nr. 2 und 3 ZPO	544
2. § 840 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	546
II. Auf den Gläubiger übergegangene materiellrechtliche Informationsansprüche des Schuldners gegen den Drittschuldner	548
§ 38 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen am Verfahren nicht beteiligter Dritter gegenüber den Beteiligten	550
A. Die Ausgangslage	550
B. Der Geheimnisschutz abseits der Instrumente für die Informationsbeschaffung	551
C. Der Geheimnisschutz im Rahmen der Instrumente für die Informationsbeschaffung	552

I. Die Vorgaben zum Berufsgeheimnisschutz	552
1. Die Vermögensauskunft	552
2. § 836 Abs. 3 S. 1 ZPO	553
3. § 840 Abs. 1 ZPO	553
4. Die anderen Instrumente für die Informations- beschaffung	553
II. Die Vorgaben sind nur zum Teil auf den Schutz von unternehmensbezogenen Geheimnissen übertragbar	554
1. Die Vermögensauskunft	554
2. § 836 Abs. 3 S. 1 ZPO	555
3. § 840 Abs. 1 ZPO	556
4. Die anderen Instrumente für die Information- beschaffung	556
§ 39 Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Drittschuldner bei der Parallelpfändung	556
Zusammenfassender Überblick	557
Literaturverzeichnis	563
Sachverzeichnis	641